

Wirkungen von Mindestlöhnen: Belastungen für ostdeutsche Betriebe, Beschäftigungseffekte lassen sich nicht nachweisen

Die schon länger bestehenden gesetzlichen Mindestlöhne im Elektro- sowie im Maler- und Lackiererhandwerk haben in den neuen Bundesländern das Lohnniveau teilweise erhöht. Dadurch hat sich die Kostenbelastung ostdeutscher Betriebe erhöht und ihre Wettbewerbsposition teilweise verschlechtert. In Westdeutschland waren – trotz in der Regel höheren Sätzen als im Osten – die Mindestlöhne im Vergleich zu den gezahlten Löhnen so niedrig, dass sie keine messbaren Folgen für die Entgelte hatten. Weder in den neuen noch in den alten Bundesländern sind in den beiden betrachteten Handwerken Beschäftigungsverluste infolge der Mindestlöhne festzustellen. Auch in der Pflegebranche, in der seit Juli 2010 erstmals ein Mindestlohn rechtskräftig vorgeschrieben ist, erhöhten sich die Löhne aufgrund des Mindestlohns, während die Beschäftigung nicht durch den Mindestlohn beeinflusst wurde.

Dies sind Ergebnisse einer Evaluation, die im Auftrag des Bundesministeriums

für Arbeit und Soziales durchgeführt wurde. Das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) hat drei der acht Branchen untersucht, die in die Evaluation einbezogen waren. Ergebnisse für die einzelnen Branchen:

- Im *Elektrohandwerk* gibt es seit 1997 einen Mindestlohn, der allerdings von 2003 bis 2007 ausgesetzt war. Konsequenzen für die tatsächlich gezahlten Löhne sind vor allem für die Jahre 2003 und 2007 und Ostdeutschland feststellbar. Das Auslaufen des Mindestlohns im Jahr 2003 hatte beispielsweise einen negativen Effekt auf die durchschnittlich an gewerbliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezahlten Löhne. Bis zu diesem Zeitpunkt hat der Mindestlohn in Ostdeutschland also die Höhe der Löhne gesichert. Weder für Ost- noch für Westdeutschland lassen sich robuste Wirkungen der Einführung, des Auslaufens oder der Wiedereinführung

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt:	
Editorial	1
Wirkungen von Mindestlöhnen: Belastungen für ostdeutsche Betriebe, Beschäftigungseffekte lassen sich nicht nachweisen	1
Forschungsberichte aus dem IAW: GreenTech als Chance für den Maschinenbau	2/3
Außenwirtschaftspotenziale in der baden-württembergischen Gesundheitswirtschaft noch nicht ausgeschöpft	2
Vorträge	4
Personalien	4
Impressum / Kontakt	4
Weitere Infos zum IAW sowie aktuelle Pressemitteilungen finden Sie im Internet unter www.iaw.edu	

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Das Jahr 2011 hat für das IAW eine Vielzahl an interessanten neuen Projekten gebracht. Bei den Stiftungen waren die IAW-Forscher mehrfach erfolgreich und konnten Forschungsmittel von der Volkswagen Stiftung, der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Hans-Böckler-Stiftung einwerben. Zu den neuen Projekten mit stärker wirtschaftspolitischem Bezug zählen vor allem die Mindestlohn-Evaluation (siehe den Beitrag auf dieser Seite) und die Aktualisierung der Berichterstattung über Einkommen und Vermögen. Mit den Ergebnissen wurden große Beratungsaufträge der Bundesregierung abgeschlossen. Zugleich war das IAW mit zahlreichen Themen in der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion in Baden-Württemberg präsent – Gesundheitswirtschaft und Green Technology, Beschäftigungsentwicklung und Elektromobilität, um nur einige zu nennen.

Bei diesen vielfältigen Aktivitäten standen wir nicht allein, sondern haben fast immer in Kooperation mit anderen gearbeitet. Daher danken wir an dieser Stelle allen Kooperationspartnern und allen, die uns im vergangenen Jahr unterstützt haben, herzlich. Wir wünschen uns, dass wir diese gute Zusammenarbeit 2012 noch ausbauen können.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IAW wünschen Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2012.



Prof. Dr. Bernhard Boockmann

des Mindestlohns auf die Beschäftigung feststellen.

- Im *Maler- und Lackierhandwerk* wurde im Jahr 2003 erstmals ein Mindestlohn mit zwei unterschiedlich hohen Sätzen für gelernte und ungelernete Kräfte eingeführt. Nur für die gelernten Kräfte in Ostdeutschland lässt sich eine Wirkung der Mindestlohn-Einführung auf die tatsächlich gezahlten Löhne feststellen. Seit 2009 beträgt der Mindestlohn in Ostdeutschland einheitlich 9,75 Euro. Etwa die Hälfte der Beschäftigten in den neuen Bundesländern verdiente vorher weniger als diesen Satz, der Mindestlohn ist also vergleichsweise hoch und entspricht dem Mindestlohn für ungelernete Kräfte in Westdeutschland. Auch in dieser Branche werden keine negativen Beschäftigungswirkungen des Mindestlohns gefunden. Allerdings gibt es Evidenz für Umsatzeinbußen bei ostdeutschen Betrieben. Vor allem die Wettbewerbsposition von ostdeutschen Betrieben, die ihre Handwerksleistungen im Westen anbieten, hat sich verschlechtert.

- In der *Pflegebranche* wurde 2010 erstmals im Bereich der persönlichen Dienstleistungen ein Mindestlohn eingeführt. Nach den Ergebnissen der Evaluation hat sich durch die Einführung des Mindestlohns der durchschnittliche Stundenlohn im Mindestlohntarifgebiet Ost erhöht. Auch hier lassen sich keine Wirkungen auf die Beschäftigung feststellen. Da die Daten weniger belastbar sind als in den beiden Handwerksbranchen, wurden zusätzlich umfangreiche Expertengespräche und Fallstudien durchgeführt. Auch hierbei ergaben sich keine Hinweise auf negative Beschäftigungseffekte. Zu erklären ist dies vor allem dadurch, dass die Pflegebranche ein wachsender Markt ist und der Mindestlohn in den meisten Fällen zu niedrig ist, um qualifiziertes Personal zu gewinnen.

Weitere Ergebnisse aus allen drei Branchen zeigen, dass die Mindestlöhne nicht durchgängig eingehalten werden. Teilweise werden mehr Stunden gearbeitet als vereinbart, so dass der tatsächliche Lohn niedriger ist als der Mindest-

lohn. Aufgabe der Evaluation war es, den Mindestlohn in allen Branchen zu untersuchen, die bereits einen Mindestlohn haben. Zuvor gab es Schätzungen nur für das Baugewerbe.

Die Frage, wie sich Mindestlöhne auf die Löhne und die Beschäftigung in denjenigen Branchen auswirken würden, die bisher keinen Mindestlohn haben, kann von den dort herrschenden Marktverhältnissen abhängen und ist damit auf der Basis der jetzt vorgestellten Ergebnisse nicht eindeutig zu beantworten.

→ Die IAW-Berichte zur Evaluation der Mindestlöhne können unter http://www.iaw.edu/iaw/De:Publikationen:Abgeschlossene_IAW-Gutachten_kostenlos_herunter_geladen_werden.

Ansprechpartner:
Prof. Dr. Bernhard Boockmann (bernhard.boockmann@iaw.edu)
Hans Verbeek (hans.verbeek@iaw.edu)

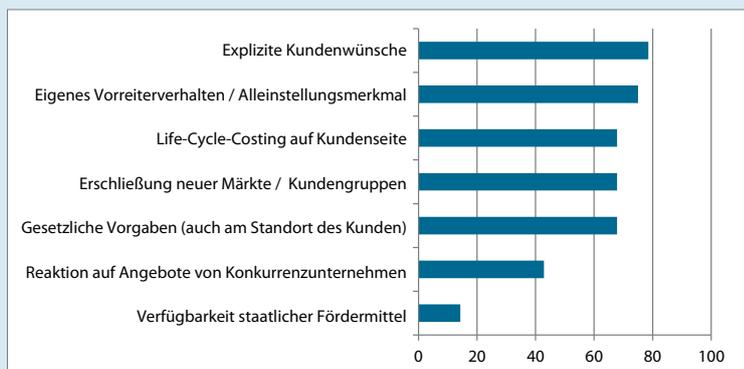
GreenTech als Chance für den Maschinenbau

Vor dem Hintergrund von Klimaschutz und zunehmender Ressourcenverknappung ist im Maschinenbau bei der „Green Technology“ (GreenTech) mit großen Wachstumspotenzialen zu rechnen.

Unter GreenTech versteht man zum einen die Produktion von Maschinen und Anlagen, die dem Umweltschutz (z.B. Schadstofffilter) oder der Erzeugung erneuerbarer Energien (z.B. Wind-

kraftanlagen) dienen. Zum anderen geht es dabei um die Herstellung ressourceneffizienterer Maschinen und Anlagen, die beim Kunden in der Anwendung zum Beispiel weniger Energie verbrauchen. Der Maschinen- und Anlagenbau nimmt eine Schlüsselstellung bei der Nutzung und Erzeugung erneuerbarer Energien, der Reduzierung von Umweltbelastungen und bei der Energie- und Materialeinsparung ein. Durch die starke Stellung der Unternehmen und Forschung auf dem Gebiet der Produktionstechnologie hat die Region Stuttgart auch eine führende Rolle für die Umweltwirtschaft. Dies zeigen Analysen auf der Basis von Befragungen, die das IAW für den Strukturbericht Region Stuttgart durchgeführt hat.

Welche Faktoren spielen eine Rolle für die Steigerung der Ressourceneffizienz der produzierten Maschinen und Anlagen?



*Anteile der Unternehmen, die den jeweiligen Faktor als „wichtig“ oder „sehr wichtig“ einstufen.

Quelle: IAW-Befragung von Maschinenbauunternehmen in der Region Stuttgart (2011)

Die Ressourceneffizienz wird den Befragungsergebnissen zufolge wesentlich von den Kundenwünschen getrieben (siehe Abbildung). Insbesondere ist festzustellen, dass viele Kunden das „Life-Cycle-Costing“ anwenden, also nicht nur den Kaufpreis in ihr Investitionskalkül einbeziehen, sondern auch die laufenden Betriebskosten über den Lebenszyklus der Anschaffung. Allerdings sind sich noch nicht alle Maschinenanwender der Einsparpotenziale im Betrieb bewusst. Die Verfügbarkeit staatlicher Fördermittel wird nicht als Voraussetzung oder Unterstützung der eigenen GreenTech-Strategie gesehen.

Der Strukturbericht behandelt außerhalb des Schwerpunktkapitels die Entwicklung von Wertschöpfung und Beschäftigung in der Region Stuttgart und den Strukturwandel in den einzelnen Wirtschaftszweigen. Dabei werden nicht nur die Teilbranchen des produzierenden Gewerbes, sondern auch die des Dienstleistungssektors detailliert untersucht. Zudem wird analysiert, welche Position der Standort Region Stuttgart im Wettbewerb mit anderen deutschen Regionen einnimmt.

Ansprechpartner:
 Dr. Raimund Krumm (raimund.krumm@iaw.edu) / Dr. Andreas Koch (andreas.koch@iaw.edu)



**Strukturbericht
Region Stuttgart
2011**

Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung
Schwerpunkt: Umweltwirtschaft und Maschinenbau

→ Der „Strukturbericht Region Stuttgart 2011. Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung – Schwerpunkt: Umweltwirtschaft und Maschinenbau“ kann kostenlos unter www.iaw.edu heruntergeladen werden.

Außenwirtschaftspotenziale in der baden-württembergischen Gesundheitswirtschaft noch nicht ausgeschöpft Systemlösungen in Schwellenländern zunehmend gefragt

Der Gesundheitsstandort Baden-Württemberg ist bundesweit der größte Pharma- und Medizintechnikstandort, der zweitgrößte Biotechnologiestandort nach Bayern sowie das Bundesland – nach Bayern – mit den meisten Vorsorge- und Reha-Einrichtungen. Zudem ist er in der gesamten Breite der Kliniklandschaft mit Einrichtungen der Spitzenmedizin durchsetzt. Der Anteil der baden-württembergischen Gesundheitswirtschaft an den deutschen Exporten beträgt knapp 30%.

In der Studie „Gesundheitsstandort Baden-Württemberg: Stärken und außenwirtschaftliche Potenziale“, die im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen Baden-Württemberg durchgeführt wurde, sollten die Stärken der Gesundheitswirtschaft herausgearbeitet sowie Ansatzpunkte für unterstützende Maßnahmen entwickelt werden. Stark ausbaufähige Potenziale wurden dabei insbesondere hinsichtlich des Angebots Systemlösungen entlang der medizinischen Versorgungsketten für Schwellenländer identifiziert. Die

Gesundheitswirtschaft in Baden-Württemberg verfügt diesbezüglich im internationalen Vergleich über deutliche Wettbewerbsvorteile. Die Nutzung dieser Potenziale ist deshalb von erheblicher Bedeutung, weil internationale Wettbewerber auf diese Märkte vordringen und die deutsche Gesundheitswirtschaft ihre bestehenden Wettbewerbsvorteile verteidigen muss, um gegenüber der Konkurrenz nicht zurückzufallen.

Für den Aufbau von Versorgungsinfrastrukturen besteht in den Schwellenländern ein erheblicher Nachholbedarf. Allerdings geht es dabei vor allem um Komplettlösungen, die von der Planung eines Versorgungsangebots über den Bau der Räumlichkeiten und deren Ausstattung bis zum Management und Betrieb reichen. Für die Erstellung entsprechender Angebote sind daher Konsortien erforderlich, die das gesamte Leistungsspektrum abdecken können. Entsprechende Kompetenzen sind zwar auch in Baden-Württemberg verfügbar. Allerdings sind das Zustandekommen von Konsortien, die Anbahnung von

Kontakten und Kooperationen in den Zielländern sowie die Anpassung der Angebote an die lokalen Anforderungen mit erheblichem Aufwand verbunden und bedürfen oft der Moderation und der Unterstützung.

Eine bedeutende Rolle können zudem Aus- und Weiterbildungsangebote spielen. Einerseits bildet der Fachkräftemangel einen Engpassfaktor für den Aufbau von Gesundheitsangeboten in den Schwellenländern. Andererseits ist die Qualifizierung in der Gesundheitswirtschaft selbst ein beträchtlicher Markt, der zusätzlich zu Multiplikatoreffekten beiträgt. Andere Länder und andere Branchen sind in diesem Bereich bereits weiter fortgeschritten.

→ Die Studie kann kostenlos unter [http://www.iaw.edu/iaw/De:Publikationen: Abgeschlossene_IAW-Gutachten](http://www.iaw.edu/iaw/De:Publikationen:Abgeschlossene_IAW-Gutachten) heruntergeladen werden.

Ansprechpartner:
 Günther Klee, M.A. (guenther.klee@iaw.edu)

VORTRÄGE

30.11.2011: Claudia Buch: Teilnahme an der Paneldiscussion „How can fiscal institutions help address post-crisis fiscal challenges in different political and cultural contexts?“ beim Workshop „Public Finances in Times of Severe Economic Stress: The Role of Institutions“, Europäische Kommission, Brüssel.

30.11.2011: Raimund Krumm: Präsentation der „Ergebnisse des Strukturberichts Region Stuttgart“ beim Treffen des Arbeitskreises Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik beim Verband Region Stuttgart.

01.12.2011: Claudia Buch: Teilnahme an Podiumsdiskussion zum Thema „Wege aus der Schuldenkrise“ auf der internationalen Konferenz „Wettbewerbsfähigkeit in Europa – Stabilität und Wachstum“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Berlin.

2./3.12.2011: Julia Spies: „Endogenous Transport Costs in International Trade“,

Vortrag beim THE Christmas Workshop 2011 an der Universität Hohenheim.

2./3.12.2011: Jochen Späth: „Capable Workers, Favorable Growth? The Impact of Employees' Human Capital and Flexibility on the Post-Entry Performance of Start-ups in Germany“, Vortrag beim THE Christmas Workshop 2011 an der Universität Hohenheim.

09.12.2011: Raimund Krumm: Vortrag über den „Strukturbericht Region Stuttgart“ bei der Veranstaltung „Strategische Ansätze kommunaler und regionaler Wirtschaftsförderung“, durchgeführt von der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart beim Treffen des Arbeitskreises Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik beim Verband Region Stuttgart.

15.12.2011: Claudia Buch: „Banken reguliert = Makroökonomische Risiken gebannt? Wie kann die Stabilität des Finanzsystems global gesichert werden?, Vortrag beim Diskussionsabend

der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ludwigsburg.

16.12.2011: Raimund Krumm: „Wirtschaftliche Entwicklung in der Region Stuttgart: Rückblick und zukünftige Herausforderungen“, Vortrag vor dem Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart.

19.12.2011: Bernhard Boockmann, Auswirkungen von Mindestlöhnen: Ergebnisse der Evaluation der bestehenden gesetzlichen Mindestlöhne in Deutschland, Vortrag beim Tübingen Economics Forum (TEF).

19.12.2011: Claudia Buch: Pressekonferenz: Vorstellung des aktuellen Gutachtens „Realwirtschaftliche Weichenstellungen für einen stabilen Euro“ des Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin (Link: <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Ministerium/Beiraete/wissenschaftlicher-beirat-veroeffentlichungen.html>).

Neue IAW-Publikationen

→ www.iaw.edu/publikationen

IAW Forschungsbericht

Nr. 73: Daniela Witzczak: Reforminduzierte Anpassungen des zu versteuernden Einkommens

Weitere IAW-Diskussionspapiere

Nr. 76: Olga Bohachova / Bernhard Boockmann / Claudia Buch: Labor Demand During the Crisis: What Happened in Germany?

Nr. 77: Franziska Bremus / Vlademir Kuzin: Unemployment and Portfolio Choice: Does Persistence Matter?

PERSONALIA



Sabine Dann

Diplom-Volkswirtin Sabine Dann befindet sich seit Mitte Dezember 2011 in Elternzeit.

Diplom-Volkswirtin Regina Weber befindet sich seit Mitte Dezember in Mutterschutz und geht anschließend in Elternzeit.



Regina Weber

Zum 31. Dezember 2011 beendet **Dr. Julia Spies** nach fast vierjähriger erfolgreicher Tätigkeit im Forschungsschwerpunkt Internationale Integration und Regionale Entwicklung. Sie wird eine Stelle bei der WTO/UNCTAD in Genf antreten.



Dr. Julia Spies mit den Geschäftsführern Prof. Dr. Bernhard Boockmann (r.) und Günther Klee

Ebenfalls zum 31. Dezember 2011 endet die Tätigkeit von Diplom-Volkswirt **Christoph Schröder**, der ab Januar 2012

zum ZEW in Mannheim wechselt. Er war im Projekt „Europe's Global Linkages and the Impact of the Financial Crisis“ tätig.



Christoph Schröder

Impressum

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V.

Ob dem Himmelreich 1, 72074 Tübingen
Tel. 07071/9896-0, Fax: 07071/9896-99
iaw@iaw.edu, www.iaw.edu

Verantwortlich: Prof. Dr. Bernhard Boockmann (Geschäftsführer).

Die IAW-News werden vorzugsweise per E-Mail versandt.